

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
No 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt.

Abonnementspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 12 M. 45 Pfg., in Monatsheften 12 M. 45 Pfg., in Quartalen 12 M. 45 Pfg., in Halbjahren 24 M. 90 Pfg., in Jahren 48 M. 180 Pfg. Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile oder deren Raum 60 Pfg., die 8spaltige 50 Pfg., die 6spaltige 40 Pfg., die 4spaltige 30 Pfg., die 2spaltige 20 Pfg., die 1spaltige 10 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsverzug 10% der Rabatt einbüßend.

Nr. 100.

Altensteig, Montag den 2. Mai.

Jahrgang 1921.

Der Oberste Rat in London.

Vor der Konferenz.

London, 1. Mai. Da Graf Sforza aus Rom am Samstag noch nicht eingetroffen war, wurde der Beginn der eigentlichen Konferenz auf Sonntag verschoben. Lloyd George wollte auch erst über die wichtigen Mitteilungen schlüssig werden, die der englische Gesandtschaftsträger in Berlin, Lord d'Alberron mitgebracht hatte.

Paris, 1. Mai. Dasas erzählt, England erhebe gegen den Plan des Reichsrats Hoch über die Befreiung des Ruhrgebiets keine Einwendungen, auch werde die Erhebung einer Kohlensteuer gebilligt, doch werden betreffs der Beschlagnahme der Zölle und der Beteiligung am Gewinn der deutschen Privatindustrie Vorbehalte gemacht. Doudeur bekämpfte lebhaft den Vorschlag des englischen Kriegsministers, an Deutschland die Forderung zu richten, daß es binnen einer Woche sich mit 42 Jahreszahlungen von je 2 Milliarden Goldmark und veränderlichen Jahreszahlungen in Höhe von einem Viertel des Werts der deutschen Ausfuhr einverstanden erkläre. Der belgische Minister Jaspar trat für das Pariser Abkommen ein. Wie verlautet, wird die von Briand vorgeschlagene Fassung der letzten Frist an Deutschland angenommen werden.

Die Tagesordnung des Obersten Rats.

Paris, 1. Mai. Wie Bertinor im „Echo de Paris“ mitteilt, stehen 6 verschiedene Punkte auf der Tagesordnung des Obersten Rats: 1. Die Frage der letzten Frist. Der französische Standpunkt sei, daß das Datum des 1. Mai schon an und für sich eine Art „Ultimatum“ darstelle. 2. Das Abkommen von Paris. Die Engländer wollten keine Forderungen herabsetzen, die Franzosen darüber hinausgehen, um auf den Stand zu gelangen, den die Wiederherstellungskommission festgelegt habe. 3. Die Frage der 12 Milliarden Reichsmark aus Artikel 235. 4. Die Befreiung des Ruhrgebiets, das französischerseits nicht als Druckmittel, sondern als ein dauerndes Pfand für die Erfüllung der Verpflichtungen, die Deutschland unterzeichnet habe, angesehen werde. In London glaube man jedoch nicht, daß die Verbündeten in der Lage sein werden, mit Nutzen das Ruhrgebiet auszubenten. 5. Die Einzelheiten der Befreiung des Ruhrgebiets. 6. Abgesehen davon stehen die belgischen und französischen Minister auf dem Standpunkt, daß die Befreiung nicht nur wegen schlechten Willens in der Entschädigung erfolgen würde, sondern wegen Verschlungen in der Entschädigungsfrage. (Also immer neue Vorwände für den Völkerverrat.)

Die deutsche Erklärung ungenügend.

London, 1. Mai. Die Blätter berichten, die auf Ersuchen Englands vom deutschen Reichsministerium des Auswärtigen gegebene Aufklärung verschiedener Punkte der deutschen Vorschläge sei vom Obersten Rat für durchaus unbefriedigend angesehen worden. Namentlich treffe dies zu bezüglich der Zeitspanne, innerhalb deren Deutschland die 200 Milliarden Goldmark bezahlen wolle. Wenn es die Summe innerhalb der in Paris festgesetzten Frist von 42 Jahren, oder in noch kürzerer Zeit zu bezahlen sich verpflichtete, so könnte man die Vorschläge als Grundlagelage für Verhandlungen annehmbar erachten. England würde sich dann, nach den „Daily News“, der französischen Befreiung widersetzen. (Das deutsche Angebot sieht einen Zeitraum von 88 Jahren vor. D. Schr.) Andernfalls werde England nicht nur dem Einmarsch zustimmen, sondern selbst an der Befreiung teilnehmen. Deutschland werde eine Frist von Stunden oder höchstens einigen Tagen zur Überlegung gegeben werden. „Daily Chronicle“ schreibt, das Verlangen Deutschlands, daß das deutsche Privateigentum im Ausland freigegeben werden und ganz überschließen deutsch bleiben solle, sei unmöglich. Nach dem Blatt soll Lord d'Alberron in London mitgeteilt haben, die deutsche Reichsregierung sehe schwach, die Rechtsparteien werden immer stärker. Die Regierung sei zum Nachgeben eher bereit als die öffentliche Meinung in Deutschland. Wenn die Regierung auf gesetzlichem Weg (!) den Verbündeten entgegen käme, so würde sie gestützt werden. Die Befreiung des Ruhrgebiets werde vielleicht notwendig sein zur Erziehung des deutschen Volks und seiner Regierung.

Die Sitzungen.

WTB. London, 30. April. Neuter. Nach dem amtlichen Communiqué beriet der Oberste Rat in seiner heutigen Sitzung über die Lage, die sich daraus ergeben habe, daß Deutschland den Vertrag von Versailles hinsichtlich der Entwaffnung, der Bestrafung der Kriegsschuldigen und der Reparationen nicht vollständig ausgeführt habe.

WTB. London, 1. Mai. Der Oberste Rat ist heute früh zusammengetreten und hat sich bis 4^{1/2} Uhr Nachmittags vertagt, da die finanziellen Sachverständigen ihren Bericht noch nicht fertiggestellt hätten.

Der Oberste Rat hat sich um 5.30 Uhr vertagt und wird morgen wieder zusammentreten.

Meinungsverschiedenheiten unter den Verbündeten.

WTB. Paris, 1. Mai. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet aus London: Briand hatte in den ersten Vormittagsstunden eine lange Unterredung mit Doudeur, Doucheur und Bethelot, sowie mit Jaspar und Chamies. Um 10.30 Uhr traf sich Briand dann mit Lloyd George, während die Sachverständigen ihre Besprechungen wieder aufnahmen. Auch sonst fanden noch private Unterredungen zwischen den verschiedenen Vertretern der Verbündeten vor Beginn der Sitzung des Obersten Rats statt. Diese Sitzung selbst wurde um 11 Uhr eröffnet, dauerte aber nur wenige Augenblicke, da die Arbeiten der Sachverständigen noch nicht zu Ende geführt waren. Es wurde daher vereinbart, daß eine neue Sitzung des Obersten Rats um 4 Uhr nachmittags stattfinden solle. Der private Meinungsaustausch zwischen den verschiedenen Vertretern der Verbündeten dauerte daraufhin noch fort.

Obwohl man im Verlaufe des Vormittags zu keiner greifbaren Lösung gekommen ist und die Sachverständigen ihre Arbeiten noch fortführen, ist doch der allgemeine Eindruck ein wesentlich günstigerer. Bekanntlich hat sich Lloyd George in der gestrigen Sitzung des Obersten Rats für ziemlich kurzfristiges Ultimatum vor Beginn jeden Vorgehens im Ruhrgebiet ausgesprochen. Briand widersprach einem solchem Verfahren aufs entschiedenste. In der heute Vormittag stattgefundenen Besprechung legte Briand erneut die schweren Bedenken dar, die der Ausführung dieses Vorschlags entgegenstünden. Lloyd George seinerseits erklärte: „Wir sind überzeugt, daß sämtliche Kreise der City wie auch die Arbeiterpartei gegen jedes Glasheiten der Verbündeten in Westfalen sind, wie auch gegen die Zahl von 132 Milliarden Goldmark, die die Reparationskommission Deutschland als seine Schuldsumme mitgeteilt hat.“

Die beiden Ministerpräsidenten beharrten ein jeder auf seinem Standpunkt.

Die französische Auffassung wurde heute Vormittag so deutlich wie möglich in folgender Form dargestellt: Da Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt hat, ist die Inkraftsetzung von Zwangsmaßnahmen gerechtfertigt und für die Verbündeten geboten. Die französische Regierung muß insofern alle hierfür notwendigen Maßnahmen ergreifen und vor allem die unverzügliche Mobilisierung der hierzu notwendigen Mannschafsstände beschließen. Falls während dieser Vorbereitungszeit, die unentbehrlich ist, Deutschland erneut den Versuch machen sollte, zu einer Beilegung zu kommen, so wird die französische Regierung nichts dagegen haben, daß die Frage einer neuen Erwägung unterzogen wird. Vorbedingung hierfür ist jedoch, daß Deutschland die Bedingungen der Verbündetenregierungen in vollem Maße annimmt, ohne jeden Vorbehalt und mit den etwaigen Bürgschaften. Deutschland müßte also 1) unverzüglich seine Entwaffnung unter Aufsicht der Verbündetenregierungen durchführen, 2) die von der Reparationskommission festgesetzte Zahl von 132 Milliarden Goldmark annehmen, 3) im Voraus seine Einwilligung zu den Zahlungsbedingungen geben, welche die Reparationskommission zur Beilegung seiner Schuld festsetzen wird, 4) in aller Form seine Verantwortung für den Krieg anerkennen als Grundlage für die ihm auferlegten Friedensbedingungen, 5) seine Unterschrift geben unter die im Voraus von den Verbündetenregierungen festgesetzten Sicherheiten wie z. B. sofortige Zahlung von einer Milliarde Goldmark, Unterzeichnung der Zölle, Schaffung einer internationalen Kommission für den deutschen Schuldendienst usw.

Gerade um diese ganze Kette von Sicherheiten auszuarbeiten, dauern die Besprechungen der Sachverständigen fort. Der Oberste Rat wird heute Abend seine Entscheidung treffen.

Sollte diese wider Erwarten den Wünschen der französischen Abordnung nicht entsprechen, so hat Briand bereits gestern erklärt, daß er nicht zögern würde, seine vollkommene Handlungsfreiheit wieder zu nehmen.

Auf jeden Fall wird die Einberufung des Jahrgangs 1919 noch heute Abend nach Schluß der Sitzung des Obersten Rats von Briand geregelt werden.

WTB. London, 1. Mai. Laut „Observer“ hat eine Deputation der City-Bankiers Lloyd George aufgesucht und gegen alle weiteren Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland Protest erhoben, da diese Zwangsmaßnahmen nur zu weiteren Erschütterungen führten.

Die Forderungen sämtlicher Verbündeten.

WTB. Paris, 2. Mai. Der Sonderberichterstatter des „Intransigeant“ in London meldet seinem Blatt Einzelheiten über die Verhandlungen der Reparationskommission, die der Festlegung der deutschen Gesamtschuld vorausgegangen sind. Am Mittwoch, den 27. April, habe eine Sitzung stattgefunden, an der nur Vertreter Englands, Frankreichs und Belgiens, insgesamt 8 Personen, teilgenommen hätten. An diesem Tage hätten die Forderungen sämtlicher Verbündeten, ungerichtet in Goldmark, noch 199 Milliarden betragen. Nach einer kurzen Durchsicht der Gesamtausstellung sei man sich jedoch über einen bedeutenden Abzug schlüssig geworden, dessen Betrag allerdings noch zwischen 49 und 79 Milliarden geschwankt habe. Die zu hohe Bemerkung habe in der Hauptsache darauf beruht, daß man mit einem Goldkoeffizienten von 2 gerechnet habe, während in Wirklichkeit der in Betracht kommende Koeffizient $1\frac{1}{2}$ zu seiner Zeit überfliegen habe.

Deutsche Note gegen die 132 Milliardenforderung.

Berlin, 1. Mai. In einer Note der deutschen Kriegskostenkommission an die Wiederherstellungskommission vom 24. April über die Befreiung des Gesamtbezugs der Entschädigung heißt es: Die von den einzelnen verbündeten Regierungen der Wiederherstellungskommission eingereichten Schadenrechnungen enthalten in sehr vielen Fällen nur Endziffern für einzelne Schadenstruppen. Auch über die Methode der Schadensfestlegung und Abschätzung werden nur lückenhaft Angaben gemacht. Die deutsche Vertretung hat sich bemüht, durch Besprechungen mit Sachverständigen der beteiligten Regierungen die mangelhaften Unterlagen zu ergänzen. Dabei haben wir nur in geringem Umfang Erfolg gehabt. Das ihr vorgelegte Material ist in der Hauptsache für eine umfassende und systematische Stellungnahme unzulänglich. Unter diesen Umständen mußte sich die deutsche Vertretung auf einzelne Beanstandungen beschränken. Dabei ist ihr in einer beträchtlichen Zahl von Fällen der Nachweis gelungen, daß Schadenposten zu Unrecht angelegt oder zu hoch bewertet oder mehrfach in Rechnung gestellt worden sind. Damit ist auch die materielle Zuverlässigkeit der Schadenrechnung ernstlich erschüttert worden. In der deutschen Note wird sodann darauf hingewiesen, daß die Frist, innerhalb deren die deutsche Vertretung sich zu der aufgestellten Rechnung zu äußern gehabt hätte, so kurz bemessen war, daß eine Prüfung und Stellungnahme unmöglich gewesen sei. Am 27. April habe die Wiederherstellungskommission die Höhe der Schäden auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt und schon in der Sitzung der Kommission am 29. April hätte die deutsche Gegenäußerung erfolgen sollen. Das sei unmöglich, der deutsche Vertreter v. Derzen sei deshalb nicht in der Sitzung erschienen. Die deutsche Vertretung wolle es nun der Wiederherstellungskommission überlassen, einen Plan über die Durchführung der Entschädigung aufzustellen, wobei deutscherseits alle Vorbehalte gemacht werden. Die deutsche Note verweist weiter darauf, daß laut Beschluß der gesetzgebenden Körperschaften des Reichs noch vor dem 1. Mai das Gesetz bis 1. Oktober verlängert wurde, wonach der Goldbestand der Reichsbank von deutscher Seite nicht vermindert werden darf. Die Forderung der Auslieferung des Goldschöpses an die Bank von Frankreich könne also nach der Ansicht der Reichsregierung nicht aufrecht erhalten werden.

Neues vom Tage.

Gegen die Zwangswirtschaft.

München, 1. Mai. Im Landtag erklärte Landwirtschaftsminister Wuppelhofer, er sei mit den bürgerlichen Parteien ganz einig, daß die Zwangswirtschaft von Getreide fallen müsse, wenn nicht etwa die nächste Zeit Verhältnisse bringe, die zur vorläufigen Beibehaltung nötigen. Das Reich müsse für einen genügenden Vorrat an Auslandgetreide sorgen.

Kommunistische Anschläge.

Essen, 1. Mai. Das Polizeipräsidium teilt mit: Nach eingelaufenen Meldungen verteilte eine Anzahl Kommunisten am 28. April abends Handgranaten unter sich in der Absicht, sie zu Anschlägen auf die einzelnen Polizeirevier und Wachen zu verwenden. Eine Handgranate wurde noch in der Nacht gegen das Wachtlokal auf der Margaretenhöhe geworfen. Personen wurden nicht verletzt. Es entstand nur Sachschaden.

Neue Explosion bei Saaralben.

Saarbrücken, 1. Mai. Vor Jahresfrist wurde durch eine Explosion in dem großen Munitionslager bei Saaralben (Lothringen) ein furchtbares Unglück, vor dem mehrere Gemeinden betroffen waren, angerichtet. Alle Bemühungen, die französischen Behörden zur Wegverlegung des gefährlichen Lagers zu veranlassen, sind fehlgeschlagen, wie die „Saarbrücker Ztg.“ schreibt, vergeblich gewesen. Nun entstand am Nachmittag des 28. April wie es heißt, durch einen Waldbrand, eine neue Explosion in dem Riesenspeicher. Die benachbarten Orte erlitten schweren Schaden. Menschenleben sind aber, sowie bekannt, nicht zu beklagen.

Kaiser Karls Verbannung.

Budapest, 1. Mai. Reichsminister Horthy übergab, wie die Brest-Information erfährt, den Geschichtsschreibern von Rumänien, Südslawen und der Tschechoslowakei eine Note, in der versichert wird, daß dem früheren Kaiser Karl die Rückkehr nach Ungarn durch König auf alle Zeiten untersagt werde.

Eine „Hypothek ersten Rangs“.

Paris, 1. Mai. Die Bertinay im „Echo de Paris“ aus London berichtet, sind als Kosten für die Besetzung des Ruhrgebietes im ersten Monat 100 Millionen Franken vorgezogen, in den weiteren Monaten etwa 80 Millionen. Ferner seien als wirtschaftliche Maßnahmen außer der Besteuerung der Sonne Kohle mit 20 Goldmark eine 50prozentige Ausfuhrsteuer sowie eine 30prozentige Beteiligung am Gewinn der deutschen Industrie vorgezogen. Dieses System könne als ein Druckmittel auf ganz Deutschland angesehen werden. Die neue Politik werde zur Einrichtung einer gemeinsamen Kommission führen und eine Hypothek ersten Rangs darstellen. Einer der französischen Vertreter in London, sagt Bertinay weiter, verlangte, daß die rüchständigen 12 Milliarden Goldmark, die am 1. Mai verfallen sind, in der Weise sichergestellt werden, daß das gesamte Gold der Reichsbank ausgeliefert und für die restlichen 6-7 Milliarden Goldmark die Verbündeten an dem Gewinn der deutschen Industrie überhaupt (also außer der Beteiligung in dem zu besetzenden Ruhrgebiet) beteiligt werden oder daß dafür deutsche Guthaben im Ausland (Devisen) beschlagnahmt werden.

130 000 Mann Besatzungstruppen im Rheinland.

Paris, 1. Mai. Die „Chicago Tribune“ gibt eine verkürzte Nachricht aus Paris wieder, nach welcher Deutschland darauf dringe, daß die Stärke der Besatzungstruppen des Rheinlands herabgesetzt werde. Von einer sofortigen Zurückziehung wurde nicht gesprochen. Man habe aber angenommen, daß sich im Rheinlande höchstens 70 000 Mann befinden würden, während in Wirklichkeit 130 000 Mann dort sind. Dr. Simons ist der Meinung, daß für die drei Brückenköpfe 9000 Mann genügen würden.

Der Streit in England.

London, 1. Mai. Die neuesten Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Bergarbeitern sind ebenfalls gescheitert. Die Arbeiter hielten an ihren ursprünglichen Forderungen fest. Die Kohlenvorräte schmelzen rasch zusammen, jedoch weitere Betriebe stillgelegt werden müßten. Die Arbeitslosigkeit nimmt rasch zu; die Regierung gibt für Erwerbslose 3/4 Millionen Pfund wöchentlich aus. Das Kabinett beriet über die Beschaffung von Lebensmitteln.

Die Dockarbeiter in Ipswich weigerten sich, aus Belgien gefommene Kohlen anzuladen. Als der Kohlenkontrolleur die Kohlen durch nichtorganisierte Arbeiter entladen ließ, traten die Dockarbeiter in den Aufstand.

In Kalkutta sind 2500 indische Angestellte der Erdölwerke in den Aufstand getreten. — In Bombay kam es zu Zusammenstößen zwischen Hindus und Muhammadanern. Ein Tempel wurde verbrannt. Drei Polizisten wurden getötet.

Dublin, 1. Mai. Die englischen Polizisten und Soldaten fahren fort, Häuser der Iren niederzubrennen.

Beamtenstreik in Rom.

Rom, 1. Mai. Wegen wirtschaftlicher Fragen traten gestern die Beamten des Finanzministeriums und des Reichsschatzes in den Aufstand. Am Nachmittag wurde das Ministerium von der öffentlichen Wache besetzt, die nur die Arbeitwilligen durchgehen ließ. Die Aufständigen begaben sich ins Postministerium und forderten ihre Kollegen auf, in den Aufstand zu treten. Der Aufforderung wurde keine Folge geleistet. Die Aufständigen wurden von der Polizei zerstreut.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 2. Mai 1921.

Generalversammlung der Handwerkerbank Altensteig.

Die auf gestern Nachmittag in den Gründungsraum einberufene Generalversammlung der Handwerkerbank Altensteig war gut besucht. Direktor Gustav Bucherer begrüßte die erschienenen Mitglieder der Bank, sowie den ebenfalls erschienenen Verbandsreferent Schumacher aus Stuttgart. Er gab bekannt, daß Kassier Burghard und das Aufsichtsratsmitglied Paul Beck auf eine 25-jährige Tätigkeit bei der Bank zurückblicken können, danke ihnen für ihre Tätigkeit und erwähnte, daß dem Kassier anlässlich seines Jubiläums eine Ehrengabe seitens der Bank überreicht wurde. Die Jubilare wurden seitens der Versammlung durch Erheben von den Sigen geehrt. Anschließend gedachte der Vorsitzende noch des Aufsichtsratsmitgliedes Fritz Steiner, dessen Gedanken ebenfalls durch Erheben von den Sigen zum Ausdruck kam. Nachdem Direktor Bucherer noch auf die Wichtigkeit der Tagesordnung hingewiesen und hervorgehoben hatte, daß das abgelaufene Geschäftsjahr ein sehr befriedigendes Ergebnis gezeitigt habe und in demselben auch aus dem schmerzlichen Kontaus von dessen Schweregeleit noch 15 000 Mark wiederingebracht worden seien, trug Kassier Herr Burghard die Rechnung über das abgelaufene Geschäftsjahr vor. Aus dieser ist zu ersehen, daß sich der Umsatz von 52 290 301 Mark vom vorletzten Jahr auf die stattliche Höhe von 101 363 372 Mark im letzten Jahr erhöht hat, daß ein Reingewinn von 48 792,27 Mk. erzielt, daß 15 000 Mark von dem schon erwähnten Kontaus aus dem Jahre 1910 wiederingebracht und daß aus dem Verkauf selbstgekaufter Kriegsanleihen ein Gewinn von 30 000 Mk. erzielt wurde. Nachdem Bankbuchhalter Mejerer noch den Revisionsbericht vorgelesen hatte, wurde der Rechnungsabluß genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Auch wurde dem Antrag über die Verteilung des Reingewinns zugestimmt. Danach wird eine Dividende von 5 Prozent verteilt, dem Rezervefonds, außer dem wiederingebrachten Beitragsbetrag vom Jahr 1910 und dem Gewinn aus dem Verkauf von Kriegsanleihen, 16 838 Mk. und dem Dividendenfonds 10 000 Mk. gutgeschrieben, dem Pensionsfonds 4 000 Mk. zugewiesen und auf neue Rechnung der Rest des Reingewinns mit Mk. 4 290,37 vorgezogen. Der Höchstbeitrag, der zu welchem fremde Gelder angenommen werden dürfen, wurde von 5/2 auf 9 Mill. Mk. erhöht. Bei der Ergänzungswahl für das verfl. Aufsichtsratsmitglied Seiner wurde Schultheiß Schlegel-Ueberberg mit 87 von 94 abgegebenen Stimmen gewählt. Es wurde damit dem Wunsch des Aufsichtsrats entsprochen, daß dem Aufsichtsrat auch ein Mitglied aus landwirtschaftl. Kreisen angehöre. Der Gewählte dankte für das in ihn gesetzte Vertrauen und versprach sein Möglichstes als Aufsichtsratsmitglied zu tun.

Es folgte als nächster Punkt der Tagesordnung die Beschlussfassung über die Umwandlung der Bank von der unbeschränkten Haftung in eine beschränkte Haftung. Verbandsreferent Schumacher hielt zunächst einen Vortrag über diesen Gegenstand. Er sah sich zunächst das Resultat einer eingehenden Untersuchung der in Betracht kommenden Fragen darin zusammen, daß alle Voraussetzungen zur Umwandlung vorhanden seien und daß er auch den jetzigen Zeitpunkt als dafür geeignet halte. Auf Grund dieses Sachverhalts sei die Entscheidung der Versammlungsteilnehmer nicht schwer und sie beschloßen einstimmig die Umwandlung der Bank in eine beschränkte Haftung. Damit wurde ein Schritt getan, den schon die meisten Genossenschaftsbanken des Landes vorausgegangen haben und der in unseren Zeiten bei den nötigen Voraussetzungen der einzig richtige ist. Vorgelesen ist, daß der Geschäftsanteil der Genossen mit 500 Mark bestehen bleibt, daß von jedem Mitglied 3 Anteile genommen werden können, doch entscheidet hierüber die Generalversammlung. Die Gesamtsumme des einzelnen Mitgliedes beträgt künftig 2000 Mark. Die Ausführenden des Verbandsreferenten Schumacher wären, auch über die sonstige finanzielle Lage im Zusammenhang mit dem Reich, von großem Interesse und fanden lebhaften Beifall. Er betonte, wie unsere Geldwertverhältnisse von den Verhältnissen im Innern des Reiches und von unseren Feinden abhängen und wie wir alle mit unserem Besitz stehen und sollen mit dem Bestand des Reiches. Der Redner warnte auch vor der irdischen Uebung, das Geld zu Hause liegen zu lassen und wies dabei auf die häufig vorkommenden Diebstähle und das Verlorengelassen des Geldes in Brantfällen hin. Der Antrag, die Firma der Bank in Gewerbedank Altensteig umzuändern, wurde nach einer Debatte, in welcher die Anhänglichkeit zum alten Namen, andererseits aber auch die Notwendigkeit einer zeitgemäßen Firmierung zum Ausdruck kam, fast einstimmig angenommen. Verbandsreferent Schumacher drückte im Anschluß daran den Wunsch aus, daß die Bank unter der neuen Firma einer neuen Aktivierung entgegengehe. Er gab die beabsichtigten Statutenänderungen bekannt, die hauptsächlich mit der Umwandlung der Bank in Zusammenhang stehen. Die Änderungen wurden einstimmig genehmigt. Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende schloß die Generalversammlung mit dem Wunsch, daß die Gewerbedank Altensteig wachsen, blühen und gedeihen möge zum Segen ihrer Mitglieder. — Kassier Burghard sprach im Anschluß noch seinen Dank aus für die Worte, die ihm seitens des Vorsitzenden anlässlich seines 25-jährigen Jubiläums gewidmet wurden und gab einen Rückblick auf die große Entwicklung der Bank, einer Entwicklung, wie er sie bei Uebernahme seiner Stelle nicht erträumt habe. Auf die Entwicklung und den Stand der Bank dürfe jedes Mitglied mit Stolz blicken. Er danke den Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern für ihre Mitarbeit und forderte zu einmütiger

gem Zusammenhalt in der weiteren Zukunft auf, dabei versprechend, seine Pflicht auch fernertin zu erfüllen. — Paul Beck schloß diesen Ausführungen mit seinem Dank für die Ehrung anlässlich seines Jubiläums mit Wünschen für die Bank an. — Zu bemerken ist noch, daß die Umwandlung der Bank in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung sich nach dem Gesetz erst in einem Jahr vollzieht, ebenso die neue Firmierung derselben. Vorgezeichnete gesetzliche Formvorschriften sind die Aufforderung der Bank, daß sich die Gläubiger der Bank melden möchten. — Es ist anzunehmen, daß der Mitgliederstand der Bank sich durch ihre Umwandlung in eine beschränkte Haftung bedeutend erhöht und daß die seit 1868 bestehende Bank einer neuen günstigen Entwicklung zugeführt wird.

— Ermäßigung der Notenzpreise. Der Verein deutscher Musikhändler stimmte der Herabsetzung des Continentsauschlags auf 10 Prozent für Noten zu.

— Das höherprozentige Bier. Auf Erkundigungen erfahren die „Münchener Neuesten Nachrichten“, daß die Verordnung über die Herstellung eines höherprozentigen Biers nur für die norddeutschen Brauereien gilt.

Höruberg, 2. Mai. (Schultheißwahl) Gestern fand hier unter starker Beteiligung die Schultheißwahl statt. Es war von einigen Bürgern die Wahlparole ausgegeben, den bisherigen Schultheiß nicht mehr zu wählen. Es wurden, um die Wahlen zu beeinflussen, zum Teil gemeine Mittel in Anwendung gebracht, die von Hof und Mühlengünstigen kamen. Der bisherige Schultheiß Lutz wurde trotzdem mit 55 Stimmen wiedergewählt; der Gegenkandidat Joh. Georg Seeger erhielt 42 Stimmen.

Freudenstadt, 1. Mai. (Die Murgtalautolinie.) Die Murgtal-Autobahnverbindung Klosterreichenbach-Forbach wurde heute eröffnet. Damit ist eine Einrichtung geschaffen worden, die den bisher ganz schlechten Verkehrsverhältnissen des unteren Murgtales Rechnung trägt.

Stuttgart, 1. Mai. (Die Beamtenbeförderungen.) Die Bekanntmachungen über die Beförderung von Beamten, die auf Grund der neuen Besoldungsordnung in überaus großer Zahl demnächst zu erwarten ist, werden nicht im „Staatsanzeiger“, sondern in den Amtsblättern veröffentlicht.

Stuttgart, 1. Mai. (Kein Angestelltenstreik.) An der Urabstimmung über den Streik der kaufmännischen Angestellten im Groß- und Kleinhandel haben 80 Prozent der Angestellten sich beteiligt, wovon über die Hälfte für den Streik stimmte. Da nach den Satzungen eine Dreiviertelmehrheit erforderlich ist, ist der Ausstand abgelehnt. Ende Mai beginnen neue Verhandlungen.

Im Lohnstreit der Metzgergesellen wurde von beiden Seiten ein Vermittlungsvorschlag des Oberbürgermeisters Lautenschlager angenommen. Der Streit ist damit beigelegt.

Gmünd, 1. Mai. (Verdorbene Jugend.) Zwei Knaben und ein Mädchen im Alter von 7-10 Jahren wurden auf Hansern geschickt. Die Gelegenheit benutzten die drei zu frechen Diebstählen in den Häusern, wo man mit ihrer „Not“ Mitleid hatte. In durchtriebener Weise stahlen sie daneben in einem Laden in Wöhlgoldingen für etwa 100 Mark Schokolade und Zuckerwaren, in einem anderen Haus u. a. einen geladenen Revolver. Der Diebstahl wurde rechtzeitig entdeckt und die Diebesbeute konnte den verdorbenen Kindern noch abgenommen werden, ehe sie das Dorf verlassen hatten.

Böblingen, 1. Mai. (Neue Maschinenfabrik.) Hier wurde eine Aktiengesellschaft mit 4 Millionen Mark Kapital gegründet, die den Ankauf und Ausbau der hiesigen Flugzeugwerke und deren Umwandlung in eine Maschinenfabrik bezweckt. Es sollen Automobile und Motoren hergestellt werden.

Tübingen, 1. Mai. (Eisenbahndiebe.) Auf den Bahnhöfen in Sigmaringen, Ebingen, Hechingen und Tübingen wurden im vorigen Sommer durch Erbrechen der Eisenbahnwagen Waren im Gesamtwert von mindestens 32 000 Mark gestohlen und in Stuttgart verhöfert. Die Strafkammer verurteilte die Täter, den 24 Jahre alten Kaufmann Paul Maute von Ebingen zu 6, den 27 Jahre alten Kaufmann Bruno Sahn von Stuttgart zu 3 Jahren Gefängnis. Wegen Hehlerei wurde die Frida Sahn, geb. Schick, zu 1 Monat, der 57 Jahre alte Gerber Adolf Schick von Stuttgart zu 3/4 Monaten und dessen Sohn zu 1 Woche Gefängnis verurteilt.

Vermischtes.

Der Verlag Vögelin in Berlin mit seinen Zeitungen, Zeitschriften und Büchern ist zum Preis von 17 Millionen Mark in den Besitz von Hugo Stinnes übergegangen.

Verhaftung. Am zweiten Osterfeiertag war verhaftet worden, das Kullenshaus der Oper in Frankfurt a. M. in Brand zu stechen. Als Täter sind nun 7 kommunistische Arbeiter verhaftet worden, die bereits ein Geständnis abgelegt haben.

Der Salenwagen, in dem am 10. November 1918 im Wald von Compiègne von Marschall Foch und Erzberger der Waffenstillstand unterzeichnet worden ist, ist beim Invalidenheim in Paris als Sehenswürdigkeit aufgestellt worden. Er wird der allgemeinen Besichtigung zugänglich gemacht.

Defrastrer Schiefer. Der Brauereibesitzer Storch in Schwelm wurde zu 1 Jahr Gefängnis und 40 000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er 40 Eisenbahnwagen Mehl, Fleisch und Branntwein nach Norddeutschland verschoben hatte.

Französisches Münzsystem in Ungarn. Der ungarische Finanzminister wird dem Parlament einen Gesetzentwurf vorlegen, laut welchem das lateinische Münzsystem in Ungarn zur Einführung gelangt.

Silberfunde in Norwegen. Das norwegische „Morgenblad“ meldet aus Svalbard, daß in Loardal in Telemarken reichhaltige Silberfunde gefunden worden seien.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Goldmarkt. Infolge der politischen Krise hat unser Valutafeld auch in der letzten Berichtswache eher noch zugenommen. Von einem Abbau der Devisenkurse kann keine Rede sein. Am 29. April fanden 100 deutsche Mark in Zürich auf 8,75, am 21. 8,67 1/2 Franken. In Amsterdam wurden notiert 4,35 (4,37 1/2) Gulden; in Kopenhagen 8,03 (8,00), in Stockholm 8,70 (8,60), Kronen; in Wien 1012 (1016), in Prag 112 1/2 (115 1/2) Kronen; in London 2,06 (2,00 1/2) Schilling; in Newyork 1,50 (1,44) Dollar.

Börse. Am Samstag morgen war die Entschädigungsfrage entgegen vorläufigen Meldungen noch nicht entschieden, aber die Hoffnungen auf Tiefste gesunken. Schon die ganze Woche über hatten die deutschen Börsen bei allem ihnen sonst anhaftenden Optimismus und der immer noch herrschenden Spekulationsstimmung unter dem Einfluß der sich täglich verschlechternden Aussichten für Nordings Entscheidung gestanden. Dazu kam die Unsicherheit über die Weiterentwicklung der innerpolitischen Lage, die Kabinetskrise, der 1. Mai usw. Zum Wochenabschluss gab es deshalb starke Positionsumstellungen, die auch auf den Karosland brühten, sich aber immerhin in verhältnismäßig engen Grenzen hielten, soweit die Kursentwicklung in Frage kommt. Gut gehalten war eigentlich nur der Anlagemarkt; Reichsschatzhanweisungen waren mit 90, Kriegsanleihe mit 77,90 behauptet; 4proz. Wertpapierrenten gingen von 80,25 auf 80,15 zurück.

Produktmarkt. Die teilweise ungünstigen Witterungsverhältnisse haben einen Stillstand im Wachstum bewirkt. In der Berliner Produktbörse regte sich deshalb letzte Woche mehr Kaufkraft. Am 29. April notierten dort Viktorialerbsen 130-135 (+ 3 bis 7), Futtererbsen 100-120 (unverändert), Raps 190 bis 200 (+ 15 bis 20), Feinlot 200-225 (+ 15 bis 30), Weizen 18-20 (unv.), Straß 17 1/2-18 1/2 (- 1/2), Mais 126 (- 0) Mark.

Warenmarkt. Es ist klar, daß das Gespenst des wirtschaftlichen Zusammenbruchs im Anschluß auf die drohenden Gewaltmaßnahmen der Entente einem weiteren Preisabbau ebenso entgegensteht, wie die drohende neue Kohlenversteuerung, die jetzt wirksam gewordene Erhöhung der Kalipreise und ähnliches. Die Nachfrage nach einem Preisrückgang für Feinstes hat sich nicht befestigt. In der heimischen Industrie hört man von nachlassender Beschäftigung. Etwas günstiger stellt sich das Leder- und Schuhgeschäft dar. Die Textilbranche liegt im Argen und ist völlig außerstande, billiger zu produzieren. Die Weinpreise beginnen wieder anzusteigen.

Wiedermarkt. Keine Veränderung gegen die vorige Woche, überall feste Preise.

Deutscher Markt. Ein weiterer Rückgang der Metallstammholzpreise

auf höchstens 100 Proz. der Vorpreise charakterisiert die Lage. Man glaubt aber, der Preisrückgang werde nicht unter den 10fachen Wert des Friedenspreises heruntersinken. Die Nachfrage nach Schnittwaren ist bei den Sägewerken gering. Sie fordern bei ständig anwachsenden Beständen 400-500 Mk. für den Kubikmeter unfortierte Bretter bahntreier Versandplatz. In Laubholz herrscht Ruhe bei mäßigem Preisabschlag. Die Preise für Papierholz sind wegen Nachlassens der Nachfrage etwas zurückgegangen.

Letzte Nachrichten.

W.W. London, 1. Mai. Das Kraterische Büro meldet, daß die Sachverständigen der Alliierten mit Bestimmtheit darauf rechnen, zu einem Abkommen zu gelangen, durch das die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten beigelegt werden. Anstatt daß die Alliierten sofort ins Ruhrgebiet einmarschieren, soll Deutschland ein kurzfristiges Ultimatum gestellt werden, nach dessen Ablauf die Zwangsmassnahmen in Kraft treten sollen, wenn Deutschland sich ablehnend verhält.

W.W. Paris, 2. Mai. Der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur meldet über die gestern Nachmittag um 1/5 Uhr abgehaltene 2. Sitzung des Obersten Rats. Sie habe nur eine Stunde gedauert und es sei ein ernstlicher Fortschritt gemacht worden. Lloyd George habe mit Interesse einen Vermittlungsvorschlag des belgischen Außenministers Jaspar angehört, dem er sich grundsätzlich angeschlossen habe. Da dieser Vorschlag jedoch den Beginn der Ausführung von Zwangsmassnahmen in sich schließt und Lloyd George von seinen Ministernkollegen das formelle Mandat erhalten hat, sich jeder Zwangsmassnahme zu widersetzen, wenn nicht vorher ihre Klärung erfolgt, hat er geglaubt, sich aufs neue mit seinen Ministernkollegen beraten zu müssen. Der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur sagt hinzu, es sei wahrscheinlich, daß Lloyd George die Zustimmung seiner Ministernkollegen für den eingebrachten letzten Vorschlag erhalten werde. In diesem Fall könne Deutschland während

der unerlässlichen Vorbereitungszeit für das französische Vorgehen im Ruhrgebiet die Bedingungen der Alliierten annehmen. Wenn es jedoch bei seiner intransigenten Haltung bleibe, dann werde England seinen militärischen und maritimen Beistand für die ins Auge gefassten Massnahmen der französischen und belgischen Truppen geben. Mehrere alliierte Minister sollten gestern Abend um 1/7 Uhr den ins Auge gefassten Plan beraten. Eine endgültige Entscheidung wird heute Vormittag getroffen werden.

W.W. Paris, 1. Mai. Nach einem Kabelgramm der „Chicago Tribune“ aus Washington soll die Regierung der Vereinigten Staaten dem Obersten Rat ernste Forderungen gegen die wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen gegen Deutschland übermittelt und erklärt haben, daß sie ihre vermittelnde Tätigkeit auch dann nicht aufgeben werde, wenn die Belagerung durchgeführt werde.

W.W. Malta, 30. April. Die feierliche Verkündigung der Autonomie der Insel Malta hat mit großem Gepränge und unter begeistelter Anteilnahme der Bevölkerung stattgefunden.

W.W. Washington, 30. April. Der Senat hat die Friedensentscheidung des Senators Knox mit 49 gegen 23 Stimmen angenommen. Senator Lodge, der in einer Rede diese Entscheidung befürwortete, kündigte an, daß wahr scheinlich ein Vertrag mit Deutschland folgen werde sobald sie Gesheskraft erlangt habe.

Druck und Verlag der W. Nieker'schen Buchdruckerei Altensteig, für die Schriftleitung verantwortlich: Eduard Paul.

Sür Mai und Juni

nehmen Bestellungen auf unsere Schwarzwälder Tageszeitung alle Postanstalten und Postboten, sowie die Austräger und Agenturen unserer Zeitung entgegen.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Die Schweißerei in Oberaltheim und Schietingen ist erloschen.

Kagold, den 30. April 1921. Oberamt: Rätg.

Altensteig-Stadt.

Die Ratschreiberei bringt das Anwesen des Fritz Reich, Bauunternehmer aus Stuttgart

am Mittwoch, den 4. Mai d. J. vorm. 11 Uhr auf dem hies. Rathaus zur öffentlichen Versteigerung und zwar:

Parz. Nr. 681 29 a 58 qm Acker (I. Kl.) im Darmroin (Steinbruch geeignet für Bau- und Pflastersteine). Der Acker ist mit Weizen und Roggen angebaut.

Geb. Nr. 363 Schauhütte daselbst (Büro u. Geschirrhause),

Zubehörend:

- 1 eiserner Drehkran (neu),
- 2 Laufrollen,
- 1 Aufspritsche mit Ketten,
- 1 Schwungstiel,
- 2 Risten mit Steinhauergerüst,
- 2 Tragbahren,
- 1 großer Zeichentisch.

Den 2. Mai 1921.

Ratschreiberei.

Papierholz-Verkauf.

Die Stadtgemeinde Altensteig hat zu verkaufen:

Aus Distr. II Langer Berg, Abt. 1: 25 Rm.,

VI Priemen, Abt. 3 und 9: 110 Rm.

Papierholz I.-III. Klasse, unfortiert.

Schriftliche Angebote bis Freitag den 6. Mai an die Städt. Forstverwaltung.

Bieh-Verkauf.

Am nächsten Mittwoch, den 4. Mai, von morgens 8 Uhr ab habe ich im Gasthaus zur Traube in Altensteig einen Transport erstklassige

hochträchtige
Kalbinnen,
trächt. Kühe
und
Milchkühe



zum Verkauf, wozu Kaufslehhaber frdl. einladet

W. M. Zündorfer
aus Regingen.

Rikele Mockler
Georg Hammann

Verlobte

Göttelfingen, 1. Mai 1921.

Alle Schulbücher u. Schulartikel

kauft man solid und preiswert in der

W. Nieker'schen Buchhdlg., Altensteig.

Altensteig.

Eine größere Sendung
extra stark gebaute

Kinder- u. Hand-
Leiter-Wagen

Korbseffel,
hohe u. niedere Kinder-Stühle,
Kinder-Schaukeln
Rucksäcke
aus Ia Segeltuch





Sind frisch eingetroffen u.
empfehlen solche zu billigsten Preisen

Fritz Bühler jr.

Handwerkerbank Altensteig.

eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung.

In der Generalversammlung vom 1. Mai ds. J. wurde die Umwandlung der Handwerkerbank Altensteig eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung und die Änderung der Firma in Gewerbebank Altensteig eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung beschlossen.

Der Geschäftsanteil wurde auf der bisherigen Höhe von Mk. 500.— belassen; die Haftsumme wurde auf Mk. 2.000.— festgesetzt.

Nach den Vorschriften des Gesetzes fordern wir hiermit unsere Gläubiger auf, sich bei uns zu melden.

Altensteig, den 2. Mai 1921.

Der Vorstand:

Bucherer, Burghard, Wegger.

Grubenholz-, Stangen- und Brennholzverkauf.



Aus dem W. Eberichen Wald Mühlhaldeberg, Markung Beseufeld, sind an forschene, entrindete Grubenholz zu verkaufen:

27,75 Rm 1,85 m Lz., 9-20 cm stark, 7 cm Mindestablaß,

67,10 . . . 2,30

10,00 . . . 1,25 . . . 7-10 . . . 5 . . .

; außerdem 162,5 Rm 1 m lange, unentrindete forschene

Brügel und 39,5 Rm 1 m lange dto. Reisbrügel, sowie

richtere Stangen: 8 Ib, 40 II. und 43 III. Klasse;

Gespensänge: 145 II. und 336 III. Klasse;

R. stecken: 870 I. und 130 II. Klasse;

Bahnenst. den: 399 Stück.

Gebote, getrennt nach Sortimenten, loco Wald oder ver-

laden in Eisenbahnwagen in Altensteig oder Klosterreichen-

bach, in Markt und Pfennigen ausgedrückt, erbittet sich unter

den Bedingungen der württ. Staatsforstverwaltung.

Forstmeister Schleicher in Leonberg, Württemberg.

Schwarzwald-Drogerie
Altensteig Telefon 41
empfehlen

RAD-JO

ein Segen für werdende Mütter
für leichte und schmerzlose Ent-



bindung,
sowie sämtliche Artikel für
Wöchnerinnen, Säuglings- u.
Kranknpflege.

Verlobungs- und Hochzeitskarten

fertigt schnell und sauber die

W. Nieker'sche Buchdruckerei, Altensteig.

